

Kleine Anfrage 3160

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Zustandekommen des Brandenburgischen Ingenieurgesetzes

Im Januar 2016 hat der Landtag das Brandenburgische Ingenieurgesetz (BbgIngG) beschlossen. Im Vorfeld gab es dazu den üblichen Verlauf vom Referentenentwurf über die Ausschuttsitzungen bis hin zur erwähnten Landtagssitzung. Der Referentenentwurf wurde im Rahmen der Beteiligung relevanter Einrichtungen vom Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) Anfang 2015 an die zu Beteiligten versandt. Darunter war auch die Brandenburgische Ingenieurkammer (BBIK). Diese schickte ihre beiden umfangreichen Stellungnahmen vom 20.03.2017 bzw. 27.04.2017 an das MIL zurück. Unterschrieben waren beide Dokumente vom Präsidenten der BBIK Herrn Krebs. Nach meiner Kenntnis lagen beide Dokumente weder den Ausschussmitgliedern noch den Abgeordneten in den entsprechenden Sitzungen vor. Somit sind einige relevante Hinweise daraus nicht in die betreffenden Arbeits- bzw. Beschlussvorlagen eingeflossen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurden diese beiden Stellungnahmen dem Landtag nicht in unveränderter Fassung zugeleitet?
2. Ist es üblich, dass Dokumente von Antworten aus Beteiligungen dem Landtag nur in gekürzter Form zugeleitet werden?
3. Wenn Frage 2. mit Ja beantwortet wird, bedeutet das ja, dass solche Informationen vom MIL z.B. „überarbeitet“ dem Landtag zugeleitet werden?
4. Was bedeutet die damalige Nichtweiterleitung der beiden Stellungnahmen der BBIK nun konkret für BbgIngG? Wären bei Vorliegen der beiden Stellungnahmen in den Sitzungen ggf. andere Meinungsbildungen und ministerielle Reaktionen möglich/nötig gewesen?